

Einblicke in das Wahlprogramm der deutschen Grünen

https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammwurf.pdf

Artikel erstellt von Wilfried Müller am 21.3.2021

Früher sprachen die Grünen gegenüber ingenieurmäßig Denkenden gern von "Machbarkeitswahn". Der erste Eindruck aus dem Wahlprogramm ist, dass der Machbarkeitswahn jetzt bei den Grünen angekommen ist. Der Text transportiert Technikgläubigkeit und Staatsgläubigkeit, ohne dass er von Selbstzweifeln oder gar Selbstkritik angekränkt würde.

Dabei gäbe es zur Selbstkritik durchaus Anlass. Als Beispiel sei der Agrarkraftstoff genannt, der unter der Ägide der EU weltweit Flächenfraß verursacht, obwohl sein minimaler Wirkungsgrad den Kraftstoff vom Acker als Unsinnsprojekt entlarvt. Er ist ein originär grünes Produkt, von dem aber im Wahlprogramm nicht mehr die Rede ist. Ein teures, umweltschädigendes grünes Projekt gerät stillschweigend aus der Agenda - dass es begraben wird, ist gut, aber müsste es nicht Anlass zu kritischer Hinterfragung bieten?

Das ist der Knackepunkt, der einem dieses mulmige Gefühl macht, wenn man das Programm liest. Da sind viele gute und zukunftsfähige Projekte aufgeführt, aber sie kommen dogmatisch daher, nicht pragmatisch. Soll heißen, es gibt keinen Ansatz zu Abwägungen, zu Kosten/Nutzen-Überlegungen und zur Berücksichtigung von Alternativen. Der Atom- und Kohle-Ausstieg mag als Beispiel dienen, er wird dank grüner Agendasetzung im Hauruckverfahren durchgesetzt, koste es, was es wolle - und es kostet viele Milliarden mehr als nötig.

Beim Thema EU folgt das Programm dem bekannten Dogmatismus, der aber so geschickt formuliert ist, dass es beim unaufmerksamen Lesen recht gefällig wirkt. Dabei bleibt es bei der Vorstellung, dass der weitere Ausbau der EU/Eurozone gut ist, egal wie schlecht er sich auswirkt (Rettungsfazilitäten, die auf uneinbringlichen Krediten sitzen, desgleichen die EZB, die auch Finanzierung zahlungsunfähiger Staaten betreibt, die Deutschland eine Billion schuldet, und die mit ihrem Zinsdumping den Sparern die Zukunft vermasselt).

So ist es auch beim Thema Migration, wo alternativlos am alten Konzept festgehalten wird, dass alle herkommen sollen, damit ihnen geholfen wird, ohne Limit, ohne Gerechtigkeits- und Effizienzprüfung, ohne Betrachtung aufkommender Probleme in Schulen und Parallelgesellschaften, ohne Wahrnehmung der Folgen wie Auflösung von gesellschaftlichem Konsens und europäischer Einheit.

Wo von Evaluierung und Auf-den-Prüfstand-stellen die Rede ist, geht es nur darum, noch mehr identitäre Klientelpolitik reinzubringen, oder es ist bloß Augenwischerei nach dem Motto, wir wollen es nicht gleich verbieten, wir diskutieren es erst und verbieten es dann (Autobahnausbau), oder es wird vornherum angesagt und hintenrum verunmöglicht (Abschiebungen).

Im grünen Wahlprogramm ist keine Rede von den Lasten, die der Bevölkerung auferlegt wurden, um die EU/Eurozone zu stützen und die Immigrantenhilfe zu leisten. Dabei handelt es sich in beiden Fällen um zig Milliarden pro Jahr. Dass diese Riesenbeträge mit höchster Priorität aus den Haushalten abgezogen werden, wird als Selbstverständlichkeit hingenommen, nien, sogar als unzureichend bemängelt; es soll noch viel mehr werden.

Was als Sonderbelastung ("Rettung", "Nothilfe") eingeführt wurde, wird zur Dauerlast ausgebaut und aufgestockt (EU-Schuldenmachen, Euro-Subventionierung, Immigrantenhilfe). Die enorme Verzichtleistung der Bevölkerung wird in keinster Weise gewürdigt, ihr werden bloß Vorwürfe gemacht ("Rassismus ist Realität im Alltag"). Darin offenbart sich ein enormes Ausmaß an Undank, das aber nicht spezifisch grün ist, sondern parteiübergreifend.

Weiterhin ist das grüne Wahlprogramm ein Dokument der Diskriminierung. Positionen sollen nicht herkunfts- und geschlechtsunabhängig besetzt werden, sondern nach willkürlich festgesetzten Quoten. Das bedeutet natürlich auch Leistungs-Diskriminierung, die in klarem Widerspruch zu den Forderungen nach Spitzenforschung und -technik steht. Dieser befremdliche Widerspruch zieht sich durch das ganze Programm.

Hier soll nicht die Behauptung vorgetragen werden, die Projekte aus dem Wahlprogramm wären nicht machbar. Doch, das geht wohl schon. Aber ob es bezahlbar ist, ob es wirklich besser ist, das müsste erstmal gründlich durchkalkuliert werden, ehe hopplahopp Beschlüsse gefasst werden. Bezeichnend für die Lage an der weltweiten grünen Front ist ja, dass als Galionsfigur ein Teenager dient, mit der unausgesprochenen Implikation, Gefühl geht vor Expertise. Wo die Zukunft von Nationen auf dem Spiel steht, sollte die Entscheidungsgrundlage aber bittesehr seriöser sein.

Auslese der Punkte (*Kommentare kursiv gesetzt, Hervorhebungen vom Autor*)

Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren - Kohleausstieg bis 2030 - 1 Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren - Solardächer fördern und zum Standard (machen) - Ausbau () neben Autobahnen und Schienen auf versiegelten Flächen, etwa über Parkplätzen und Brachen (*gute Idee*).

Wind jährlicher Zubau von 5 bis 6 GW - Wind an Land, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035 (erreichen)

- die erneuerbaren Energien als zwingend für die Versorgungssicherheit definieren (*die Erneuerbaren gefährden aber die Versorgungssicherheit*) und dafür 2 Prozent der Fläche bundesweit nutzen. (*das sind 8000 Quadratkilometer!*) - Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, darf es deshalb nur geben, wenn sie bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden (*eigentlich müsste erstmal diskutiert werden, ob teure neue Stand-by-Kraftwerke wirklich eine gute Lösung sind*).

Nord Stream 2 - (sollte) auch aus geopolitischen Gründen gestoppt werden. Damit stärken wir unsere energiepolitische Souveränität (*die wird dadurch geschwächt*) - Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist zentral - Wir werden faire Kooperationen mit wind- und sonnenreichen Ländern anstoßen und ausbauen, um zusätzlich Wasserstoff zu importieren (*auch dies Riesenprojekt gehört diskutiert*) - alte fossile Technologien wie Verbrennungsmotoren mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen zu betreiben, ist bestenfalls eine Illusion - Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe dort zum Einsatz () bringen, wo sie wirklich gebraucht werden: etwa in der Industrie oder beim Flugverkehr.

Nicht die Arbeit, sondern die zur Verfügung gestellte Leistung () entlohnen (*die Verfügbarkeit ist auch was wert, aber die Arbeit muss vernünftigerweise weiterhin vergütet werden*) - Wir wollen, dass von der Energiewende möglichst viele profitieren (*profitiert denn überhaupt jemand?*) - auch die Stromleitungen schneller ausbauen.- 2.000.000 Wärmepumpen bis 2025.

Wechsel zu Fahrrad, Bus und Bahn - für alle (die ihr) Auto dauerhaft abmelden, zudem für ein Jahr eine Mobilitätsprämie - Regel-Ausnahme-Verhältnis beim Tempolimit umzukehren - für Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 Stundenkilometern.

Damit das Auto der Zukunft weiter in Deutschland entwickelt und produziert wird (*doppeltes Wunschdenken, das Auto wird ein Billigprodukt, und Deutschland hat da keine Vorreiterposition, zumal der deutsche Markt gemäß den Vorstellungen der Grünen klein und uninteressant wird*) - Ab 2030 sollen deshalb nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen (werden) - Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle (*für Korea usw.*).

Ausweitung von umweltfreundlichem Carsharing - die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten (*dies ist die einzige Stelle, wo etwas geprüft und abgewogen werden soll; in Wirklichkeit ist natürlich gemeint, Schluss mit Autobahnausbau, was ja angesichts der anderen Forderungen konsequent ist*).

Die Investitionen werden wir umschichten zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur - Autos nicht mehr überall, sondern nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken - Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen - die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern - Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe ersetzen - Industrie und Gewerbe (sollen) wieder ans Bahnnetz angeschlossen (werden) - (bei der) Schifffahrt heißt es: weg vom Schweröl - (den) Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO2-orientierte Maut regulieren.

Artensterben stoppen - Sofortprogramm Artenschutz (*Punkte Pestizideinsatz, Glyphosat, Entwässerung stoppen - der wichtigste Punkt Geburtenkontrolle fehlt völlig*) - Das Ende des Mülls - Zero Waste - Ressourcenschätze aus alten Elektrogeräten zurück in den Kreislauf (*Schätze?*) - Landwirtschaft fit für die Zukunft machen - Ökolandbau wollen wir umfangreich fördern - Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030 - Tierhaltung mit mehr Platz für weniger Tiere (*Öko verbraucht aber mehr Fläche, und die Welt ist agrarflächenmäßig jetzt schon am Limit; Gentechnik wird nur mit einem Wort erwähnt, "Gentechnikfreie Produktion", da erfolgt anscheinend ein Schwenk von der totalen Ablehnung weg; was dafür ganz fehlt, ist ein entschiedenes Umschwenken auf Beyond-Meat-Produkte*).

Lieblingsthemen, die oft doppelt vorkommen (*Kommentare kursiv, Hervorhebungen vom Autor*)

Sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen - Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden - alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste CO2-freie Wirtschaftsraum wird (*das ist doppeltes Dogma: EU vor und CO2-frei*) - Investitionsoffensive - in schnelles Internet, überall. In Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie - klimaneutrale Infrastrukturen - Klimaschutztechnologien made in Germany - neue Gründer*innenwelle (*Gründer mit gendermäßiger Tabu-Belastung, dazu und zur Spitzenforschung unten mehr*).

Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen Batteriezellenproduktion machen (*es fällt auf, dass zwischen Deutschland und EU nicht unterschieden wird, das kommt immer abwechselnd*) - EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie wie von der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut (*naive Vorstellung, dass die EU-Kommission Technik voranbringen könnte*) - An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht (*und nach niedrigsten bezahlt*).

Obwohl Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort (*Dogma statt tatsächlich nachgewiesener Qualifikation*) - (soll) ein Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an eine Frau gehen - Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen einen Frau-

enanteil von 40 Prozent (haben) - geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern (*geschlechtergerecht ist das identitätspolitische Wort für Leistungs- Ungerechtigkeit*).

Staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen (*noch mehr identitätspolitische Diskriminierung der Leistung, die Grünen haben offensichtlich keine Vorstellung davon, wie sehr es bei Gründungen im freien Markt auf Leistung ankommt*).

Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken (*nein, die Roboter werden übernehmen, dies Thema fehlt bei der ganzen Digital-Beflissenheit*) - keine Potenziale mehr ungenutzt (lassen) - Hürden (entfernen), die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte (entgegenstehen) - Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte - Wir unterstützen Betriebe, die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben (*noch mehr Identitätspolitik, sprich Diskriminierung der Leistung*).

Wir bringen die Digitalisierung voran - Vor allem die Bereiche Künstliche Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezelle (*was fehlt ist der Ansatz zur Bewältigung der Technikfolgen, welche die Roboterisierung bringt*) - für Spitzenwissenschaftler*innen auch Spitzengehälter zahlen (*zur Abwechslung ohne Leistungs-Diskriminierung*) - Strategie "Frauen in der Digitalisierung" (*und nun wieder mit*) - an den Hochschulen eine geschlechtersensible Lehre -

Auditierungen und Zertifizierungen (*Im Klartext: in die Unis reinregieren und die wissenschaftliche Freiheit beschränken*).

Grüne Finanzmärkte - (für) besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label (*d.h. das Zertifizierungs-Unwesen ausweiten*) - Banken sollen nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren - die Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir, jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein (*das wäre 1970 zurück, es wäre zu schön, wenn das gelingen würde*) - Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen. (*schön wär's*) - Wir werden mit einer umfassenden Strategie gegen Geldwäsche vorgehen (*was seit zig Jahren nicht gelingt, und wieso sollen nur die Banken reguliert werden, nicht aber die EZB und die Staatsfinanzen?*)

(Wir wollen den) digitalen Euro - Wir werden in der EU konsequent in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir den EU-Haushalt deutlich aus und statten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu geschaffenen Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt (*das ist der verklausulierte Ausbau der Schuldenunion, die EU soll Steuern erheben und Schulden machen, was bis vor kurzem aus gutem Grund noch strikt untersagt war und was nun unter der Deckung von Corona durchgedrückt wurde*).

Die EU (soll) ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik (erhalten) (*das ist die endgültige Macht-ergreifung der EZB*) - (der) Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen Währungsfonds weiterentwickelt (*die Euro-Rettung wird als Dauerzustand etabliert*) - (die) Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung vollendet (*die Schuldenunion wird komplettiert*) - (bei der) Europäischen Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben (*als ob die EZB nicht schon genug Schaden angerichtet hätte*).

Gender-Budgeting (*noch ein Wort für identitätspolitisch motivierte Willkür und Diskriminierung*) - (wir verlieren) hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen vorgehen (*seit zig Jahren ohne Erfolg*) - In Europa führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Banken und Steuerberater*innen verbieten wir Geschäfte in Steuersümpfen (*vielleicht klappt ja mal was davon*).

(Wir wollen) starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz (schreiben) - Mindestlohn anheben - Vollbeschäftigung schaffen (*die vielen Quoten sind aber eine Belastung und stehen der Vollbeschäftigung entgegen*) - Garantiesicherung statt Hartz IV.

Für Pandemien gewappnet sein - Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen - Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen - Bundesprogramm "Neue Wohngemeinnützigkeit" für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen in den Ballungsräumen (*man darf fragen, ob diese Forderungen auch ohne die viele Immigration zustandegekommen wären*) - Spekulation mit Bauland und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden (*das schafft die Politik seit 60 Jahren nicht*) - Ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen vorantreiben (*d.h. das Bauen noch teurer machen*).

Wir fördern gute Bildung von Anfang an (*jaja, aber wo bleibt das Eingehen auf die schweren Integrations-*

probleme in den Grund- und Gemeinschaftsschulen?) - Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal, wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus (stimmt - wo bleibt das Recht der Kinder auf eine grundgesetzkompatible Erziehung? Das Wahlprogramm spricht viel von Pflichten, aber nur für den Staat und die Unternehmen, nicht aber für Immigranten. Von Problemen ist nur die Rede, wenn sie Corona heißen oder Finanzen betreffen, nicht aber Immigranten).

BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen - In Deutschland gelten gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren als "funktionale Analphabet*innen" - Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswegen (und zwar seit 60 Jahren) - Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen Elternhäusern geprägt. Das wollen wir ändern (wieder die identitäre Leistungs-Diskriminierung) - Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkreter Zielquoten - es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher*innen und auch ausländische Studierende häufig erleben (Identitäre Bewegung und Cancel Culture als Urheber nicht genannt, dies zielt auch nicht auf die Freiheit der Unis, sondern auf Ausländer-Schutz).

Knackpunkte (Kommentare kursiv, Hervorhebungen vom Autor)

Angriffe von Extremist*innen, insbesondere von rechts (ein Ansatz zur Entdiskriminierung, indem Frauen einbezogen sind, und zur Diskriminierung, indem links fehlt) - Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und die von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird (der EU besondere Handlungsfähigkeit zuzuschreiben, zegt den Realitätsverlust).

Justiz entlasten und digitalisieren (da müsste man das Problem des Föderalismus anpacken, aber der läuft hier als positive Errungenschaft) - Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten (typisch, dass kein Druck aufs Deutschlernen ausgeübt werden soll) - so weit wie möglich geschlechtergerecht und vielfältig zu besetzen (also wieder leistungs-diskriminierend) - Rassismus ist Realität im Alltag, auf der Straße, im Netz, in Institutionen (das ist ein grundlegendes Dogma, das durch noch so viele staatliche Wohltaten nicht getilgt werden kann, und das geradezu herausfordert, sich betroffen zu fühlen).

Den Einsatz und die Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen (Evaluierung bedeutet hier, dass sie es darauf abklopfen wollen, wo sie noch mehr gender- und identitäre Komplikationen reindrücken können) - wollen wir eine*n weisungsunabhängige*n und finanziell gut ausgestattete*n Antirassismusbeauftragte*n einsetzen (die greisliche Sprache reicht eigentlich schon, um das abzulehnen) - Jüdisches Leben in seiner Vielfalt und seiner Selbstentfaltung in Deutschland werden wir konsequent fördern und sichtbar machen (wieso gerade das und nicht z.B. das atheistische?)

Der Islam gehört zu Deutschland, jedoch sind Muslim*innen überproportional von struktureller Diskriminierung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sowie von gewalttätigen Übergriffen betroffen (und sie sind auch weit überproportional in der Statistik der Schwerstkriminalität vertreten, unter "asylbezogen") - Für die eigenständige und selbstbewusste Religionsausübung von Muslim*innen ist eine Imam-Ausbildung in Deutschland dringend notwendig (und das, nachdem die Moscheeträger es abgelehnt haben, solche Imame einzustellen) - Erhalt von Sprache und Kulturen von Sinti*innen und Rom*innen muss aktiv gefördert (werden) (wieso soll denn der deutsche Staat zuständig sein?)

(Die Grünen fordern ein) gesetzliches Lobbyregister - (sie wollen) Abgeordneten eine entgeltliche Lobbytätigkeit neben ihrem Mandat untersagen - unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege - das bedeutet auch, dass es dringend mehr Frauen im Parlament braucht (die sollen nicht gewählt, sondern reingedrückt werden, diese Willkür zeigt, was für ein Demokratieverständnis hier zugrundeliegt) - Mit 16 wählen.

Einbürgerung erleichtern - Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können (wohlgemerkt unabhängig davon, ob sie rechtmäßig hier sind) - Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch bis heute fehlen eine aktive Einwanderungspolitik und ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung tatsächlich fördert und nicht komplizierter macht (warum sollten Einwanderer in das überbevölkerte Deutschland geholt werden? Dazu müsste doch erstmal die Bevölkerung gefragt werden) - Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft - auch im gering- und unqualifizierten Bereich (also für Leute, die hier nicht gebraucht werden).

(Integration) ist ein wechselseitiger Prozess und stellt sowohl Anforderungen an die, die zu uns kommen, als auch an alle, die schon länger hier leben (das ist eine halbe Forderung, die an "Zu-uns-Kommende" gestellt wird, ansonsten werden lauter Wohltaten für sie ausgebreitet und keine Pflichten) - für eine gemeinsame und kohärente EU-Afrika-Strategie (in diesem Text fehlt die ursprüngliche grüne Forderung, dass alle Klimaflüchtlinge zu uns kommen sollen, und dass alle ein Recht aufs Herkommen haben).

(Wir) optimieren so das Asylprozessrecht - (gemeint ist, den Asylmissbrauch) - Die Ausrufung "sicherer" Her-

kunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab - auch auf europäischer Ebene (*das ist eine der zentralen Lügen des links-grünen Asylmissbrauchs, dass für die Zu-uns-Kommenden kein anderer Aufenthaltsort außer Deutschland zumutbar ist*) - Wir wollen die Anzahl der Menschen, die sich von Duldung zu Duldung hangeln müssen, deshalb möglichst auf null reduzieren (*niemand muss sich von Duldung zu Duldung hangeln, nur diejenigen, die rechtswidrig hierbleiben wollen*) - Für diese Menschen braucht es nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres Bleiberecht (*wenn es rechtmäßig zugehen würde und ohne die Lüge mit den unsicheren Herkunftsstaaten, dürften sie gar nicht fünf Jahre hierbleiben*) - Heranwachsende, Jugendliche und Familien mit minderjährigen Kindern sollen nach drei Jahren einen Aufenthaltstitel bekommen (*das Prinzip der Ankerkinder soll also ausgebaut werden*).

Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Asyl bekommen und in ihrem Herkunftsland nicht gefährdet sind, müssen zügig wieder ausreisen. (*nach der halb(herzigen) Forderung zur Integration ist dies das einzige Mal, wo von einer Pflicht die Rede ist, aber auch nur für Nicht-Anerkannte, die nicht lange genug prozessiert haben, um die fünf Jahre vollzumachen - und da es nach grüner Ideologie keine sicheren Herkunftsländer gibt, sind alle in ihrem Herkunftsland gefährdet, so dass diese Ausreiseverpflichtung reine Augenwischerei ist*).

Abschließende Punkte (*Kommentare kursiv, Hervorhebungen vom Autor*)

Mit einem Gender-Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen (*Prüfung wie schon vorher nur, um Komplikationen zu schaffen*) - Eine gut ausgestattete und bürger*innennahe Polizei (wird gefordert) - (sowie) stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

(Die Grünen wollen) Rechtsextremismus bekämpfen, sie verweisen auf 32.000 Rechtsextremist*innen (*die Zahl für Linksextremist*innen ist 33.500, so welche kommen aber in dem Text nicht vor*) - Insbesondere durch Terrorismus von gewaltbereiten Rechtsextremist*innen und Islamist*innen ist die innere Sicherheit in Deutschland bedroht (*immerhin werden Islamist*innen erwähnt*).

Wir bauen Europa weiter - Europäische Grundrechte einklagbar machen - Klimaaußenpolitik - Armut weltweit bekämpfen - Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für ein selbstbestimmtes Leben (*wenn diese Behauptung stimmen würde, müssten die Grünen sich für die Weiblichkeit in den konservativen islamischen Familien in Deutschland einsetzen, wovon keine Rede sein kann*).

Wir schützen Geflüchtete (*auch dieser Punkt kommt zweimal*) - (Der EU-)Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend ihr Angebot aus (*Zwangseinquartierung, und zwar ohne Limit*) - die derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen (ist) zu beenden. Geschlossene Lager, Transitzone oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab (*da wird weiter am Puffeffekt gearbeitet*).

Wir wollen sichere und geordnete Zugangswege schaffen - Einschränkungen beim Familiennachzug (sind) wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. (*aber wieso gehören sie hierher? Diese Frage ist kein Thema*).- (Die Grünen wollen) Außengrenzen sichern. Eine Außengrenze muss aber auch legale Zugangswege haben (*die gibt es doch, gemeint ist, legaler Zugang für Illegale*) - Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung (*gemeint:ist Einschleusung in die EU*) - Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden (*von denen es nach grüner Doktrin außerhalb der EU keine gibt*).

Das moderne Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und europarechtlich verbriefte Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall (*und die soll durchgesetzt werden, bloß die Ausreiseverpflichtung nicht*). Die Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt (*wenn sie gelten würde, müssten die "Geflüchteten" im ersten sicheren Land bleiben*).

Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestandteil unserer globalen Verantwortung (*nirgends wird auf die große Frage eingegangen, wieso nur "Geflüchtete"? Wieso nicht auch Hungernde?*) - Wir wollen verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat unfreiwillig verlassen müssen (*die meisten fliehen ja gar nicht, das sind Vorteilssuchende; und wieder die Frage, warum kümmert man sich nur um Migranten?*) - Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen fliehen, weil sie verfolgt (*das ist nur eine kleine Minderheit*) oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden (*wieso soll man in Europa für die Rechte der Menschen in anderen Ländern einstehen?*) - Umso entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und Konsumieren andernorts zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen (*und noch entscheidender wäre es, den Migrationsdruck auszunutzen, um Geburtenkontrollen einzuführen, ein Thema das völlig ausgelassen wird*).

(Wir) wollen ein unabhängiges Staateninsolvenzverfahren (*mit dem Ziel, mehr Schuldenschnitte durchzusetzen*), (wir wollen) Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten - (sie sprechen von) skrupellosen Spekulant*innen (*oho, dass *innen bei Missliebigen ist neu*) - (wir wollen einen) neuen Schub für Abrüstung - (wir wollen) autonome tödliche Waffensysteme international ächten - Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen

der Vereinten Nationen - die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU (soll) ausgebaut (werden) (*wie Ausbau und Abrüstung zusammenpassen, bleibt ein Geheimnis, aber dieser Punkt taucht auch bei anderen Wahlprogrammen auf*).

Wahlen sind ein Moment der Freiheit. Nutzen Sie ihn - für die Freiheit (*bis hierher das Wahlprogramm*)

Fragen, die überbleiben

Dass die Grünen ihren Weg als einen Weg der Freiheit sehen, mutet angesichts der ganzen Bevormundung und der vielen Vorschriften seltsam an. Stets stolpert man über die logischen Widersprüche zwischen Leistungsansprüchen bzw. Aufschwungphantasien und einschränkenden Quoten oder Zertifizierungen oder sonstiger identitärer Klientelpolitik. Exzellenz entsteht aber durch Freiheit und Förderung, und nicht durch Willkür und Bevormundung. Es hilft auch nicht, wenn die Einschleusung von Prekariat und das Vergraulen von Leistungsträgern betrieben wird.

In puncto Vergraulen leistet das Programm allerhand, durch den Dogmatismus und die identitäre Ideologie, die überall hineingetragen werden soll. Auch durch die Realitätsblindheit, die sich in den Vorstellungen niederschlägt, die EU macht's besser als der Staat, der Staat macht's besser als die Wirtschaft, und der Technik kann man mit ein paar Subventionen nach Belieben aufhelfen.

In diesem Programm finden Probleme einfach nicht statt, wenn sie mit Immigration, EU, EEG oder Technikfortschritt zu tun haben, Alternativen existieren da nicht. Laut Eigenauskunft sind "die tragenden Werte grüner Politik Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden". In Wirklichkeit stellt die Argumentation des Programms einen Angriff auf die Werte Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie dar.

Wenn man das Programm als Zukunftsvision liest, hat es seine Verdienste. Die Machbarkeitsfrage muss man ausklammern, und auch das Fehlen der wohl wichtigsten Bestimmungsgrößen, sprich Kontrolle der Übervölkerung und Roboterentwicklung. Nachdem man sich allerdings durch den Text durchgearbeitet hat und die Punkte verstanden hat, steht man letztlich vor der bedrückenden Perspektive, dass einem da freundlich verpackter Dogmatismus verabreicht wird, garniert mit Realitätsblindheit und Diskriminierung, mit Undank und Bevormundung.
